

Von den

10 GRÜNDE, WARUM SIE SCHON JETZT OLAF SCHOLZ WÄHLEN SOLLTEN.



bleibt nach Analyse nur einer übrig!
Bei aller Sympathie -
dies ist zu wenig, lieber Olaf

Die SPD und Olaf Scholz werben mit den untenstehenden 10 Punkten aus dem Zukunftsprogramm der SPD um die Wähler in Deutschland. Eine kurze Analyse der genannten 10 Gründe Olaf Scholz zu wählen

1

SICHERE ARBEIT, HÖHERE LÖHNE DURCH 12 EURO MINDESTLOHN & MEHR TARIFBINDUNG.

Sichere Arbeit wird durch Unternehmen geleistet, die ihre Mitarbeiter bezahlen können und genügend Geld für Investitionen haben. Der allgemeine Mindestlohn wird seit **2014** per Gesetz durch die paritätisch mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern besetzte Mindestlohnkommission alle zwei Jahre festgelegt. Ansonsten regeln die Tarifpartner autonom die Löhne in ihren Branchen.

➡ Die Politik muß die Tarifautonomie stärken und achten, ansonsten es den Tarifpartnern überlassen. So ist es **bereits** gesetzlich verankert. **Kein Regelungsbedarf**

2

ABSCHAFFUNG VON GRUNDLOS BEFRISTETEN ARBEITSVERTRÄGEN.

Das Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) erlaubt eine grundlose Befristung **nur einmalig** bis zu einem Zeitraum von 2 Jahren. Längere Befristungen sind bei **Neugründungen** (bis zu 4 Jahren) oder bei Neueinstellungen im Alter ab 52 Jahren (bis zu 5 Jahren), wenn man mindestens 4 Monate arbeitslos war.

➡ Befristungen sind nur im o.g. Maßnahmen und grundlos nur einmalig möglich. In diesem klar geregelten Rahmen sollte man Arbeitnehmern und Arbeitgebern einen Freiraum lassen, um letztlich für mehr Beschäftigung zu sorgen. **Kein Regelungsbedarf**

3

KLIMANEUTRALITÄT & MASSIVER AUSBAU ERNEUERBARER ENERGIEN.

➡ Das Ziel ist ohne jede Einschränkung richtig. Wir erreichen aber mehr für das Klima und den Ausbau erneuerbarer Energien, wenn wir ohne Einschränkung europaweit den CO2-Emissionshandel durchsetzen und mit Innovationen und beschleunigter Planung den Weg für eine möglichst hohe Einsparung von CO2 in möglichst kurzer Zeit freimachen. Das **Planungsbeschleunigungs-Paket der CDU** verspricht hier mehr Ausbau und Klimaschutz in der notwendigen Geschwindigkeit.

4

BÜRGERVERSICHERUNG STATT ZWEI-KLASSEN-MEDIZIN.

2019 flossen durch die Privatversicherte 37,4 Milliarden Euro ins Gesundheitswesen. Sie zahlen als Selbstzahler für ihre Versicherung und durch individuelle Leistungen privat damit 12,7 Milliarden mehr als wenn sie gesetzlich versichert wären, denn für ihre Behandlung gibt es weniger Beschränkungen. Mit diesem zusätzlichen Geld werden medizinische Innovationen gefördert und sie sorgen dafür, dass Mediziner vor Ort mit den geringeren Vergütungen der gesetzlichen Krankenkassen in ihren Praxen auskommen.

- ➔ Der **Eigenanteil** der Privaten **fördert medizinische Innovationen** und **sorgt für geringere Kosten der gesetzlichen Krankenkassen**. Das in 2019 beschlossene Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) sorgt seit 2020 dafür, dass alle Zugang zu den entsprechenden Fachärzten erhalten. Welche **Leistungen den gesetzlich Versicherten zustehen, entscheidet der gemeinsame Bundesausschuss**, gebildet von Kassenärztlichen Bundesvereinigungen, der Deutschen Krankenhausgesellschaft und dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen auf Basis der medizinischen Evidenz und **nicht die Politik** - und das ist gut so.

5

HARTZ IV ABSCHAFFEN FÜR EIN BÜRGERGELD, DAS NEUE CHANCEN SCHAFFT.

Die Leistungsberechtigten im SGB II (umgangssprachlich Hartz IV) sind von 4.564 Tsd. (2011) auf 3.894 (2019) gesunken, also 670 Tsd oder 15% weniger. Parallel ist die Anzahl der Erwerbstätigen von 41.010 Tsd bis Ende 2019 auf 45.125 Tsd gestiegen. Das bisherige Prinzip des Forderns und Förderns hat somit mehr als 4 Mio. Menschen in die Erwerbsfähigkeit und 670 Tsd aus dem ALG II herausgeführt, trotz des hohen Zuzugs von Bezugsberechtigten in die Sozialversicherungssysteme in den Jahren ab 2015 nach deren Anerkennung im Asylverfahren.

- ➔ Statt von dem Prinzip des Forderns und Förderns abzugehen, sollte hier lieber die bessere Anrechnung von Hinzuverdienstmöglichkeiten und Verbesserung der grundständigen Bildung stehen, um Anreize zu schaffen eine reguläre Berufstätigkeit aufzunehmen und Bildungschancen wahrzunehmen. Die Fortführung des Gedankens des Bürgergelds, das **bedingungslose Grundeinkommen**, hat die **von Olaf Scholz beauftragte Expertenkommission** im Sommer 2021 übrigens als **unfinanzierbar** eingestuft.

6

400.000 NEUE WOHNUNGEN PRO JAHR, DARUNTER 100.000 SOZIAL-
WOHNUNGEN, FÜR GERECHTE MIETEN UND BEZAHLBARES WOHNEN.

In Deutschland wurden gem. dem statistischen Bundesamt seit 2010 jedes Jahr kontinuierlich mehr Wohnungen genehmigt. In 2010 im Monatsdurchschnitt 14.300 Wohnungen (176 Tsd pro Jahr) bis 30.900 pro Monat im Juni 2020, umgerechnet 370.800 pro Jahr. Zumindest auf Seiten der Genehmigung ist das Ziel der SPD fast schon erreicht.

- ➔ **Reicht aber nicht!** Behördliche Auflagen, die Bauordnung und die notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz werden Bauen und Mieten weiter verteuern. Zudem stehen zu wenig baureife Grundstücke zur Verfügung. In den Ballungsgebieten übersteigt die Nachfrage das Angebot deutlich, was zu extremen Mietsteigerungen führt. Wir müssen noch viel mehr bauen, Grundstücke zur Verfügung stellen und genehmigen, insbesondere in den Ballungsgebieten. Dabei können bei Neubauprojekten vor Ort die Kommunen bereits heute einen bestimmten Anteil von Sozialwohnungen vorschreiben, was sie dort tun, wo vor Ort verantwortungsvolle Politik gemacht wird. Trotzdem muss sich die Investition für einen Bauherren rechnen, sonst wird nicht gebaut. Die **durchschnittliche Rendite von Wohnimmobilien ist** durchaus bescheiden und betrug 2016 etwa 3%. Aufgrund der steigenden Preise für Immobilien ist diese in den vergangenen Jahren eher **gesunken**.

7

MEHR STEUERGERECHTIGKEIT & EINFÜHRUNG EINER FINANZTRANSAKTIONSSTEUER.

Die Finanztransaktionssteuer wird seit etwa 2011 von allen Parteien außer der FDP gefordert und soll jeden Handel von Aktien, Optionsscheinen und Anleihen mit einer Zusatzsteuer belegen. Um ein Ausweichen auf andere Finanzmarktplätze zu vermeiden, möchte man diese EU-weit mit einem einheitlichen Steuersatz einführen, was bisher nicht geklappt hat und augenscheinlich nicht klappen wird. In der Einkommensteuer richtet sich die Steuerlast bereits heute an der Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers mit stark steigenden Steuersätzen bei höheren Einkommen.

- ➔ Der steuerliche Grundfreibetrag wird aufgrund eines Urteils seit 1996 regelmässig angehoben, ebenso die Freibeträge für die Kinder. Die von der SPD geforderte **Abschaffung des Ehegattensplittings** wird gemäß einer Stellungnahme des deutschen Familienverbands zwei- und Mehrkinderfamilien stark treffen, besser wäre eine deutliche Ausweitung von Steuerfreibeträgen für Kinder und Bildung. Ob die **Weigerung der SPD, den Solidarzuschlag für alle Einkommen zu streichen, verfassungswidrig** ist, hat das Verfassungsgericht noch entscheiden. Ehrlicher wäre gewesen, den Solidaritätszuschlag als Sondersteuer für die Belastungen aus der deutschen Einheit (eingeführt übergangsweise 1991/92 und als fortlaufend Steuer ab 1995 !) zu streichen und gemeinsam **mit den Linken eine Extrasteuer für Reiche oder Vermögende** zu fordern. Dann wäre die Motivation wenigstens klar benannt.

8

BESSERE LÖHNE, MEHR PERSONAL IN DER PFLEGE.

Gemäß Pressemitteilung des statistischen Bundesamtes vom Mai 2021 sind die **Verdienste** vollzeitbeschäftigter Fachkräfte wie Gesundheits- und Krankenpfleger/ -innen im Vergleich zu 2010 um 32,9 % und bei Fachkräften in Pflegeheimen **um 38,6 % gestiegen**. Zudem hat das **Interesse an der Pflegeausbildung** hat zugenommen: Es gibt **39 % mehr Anfänger/-innen** im Jahr 2019 als zehn Jahre zuvor.

- ➔ Mission erledigt, lieber Herr Scholz (oder sollen wir lieber Jens Spahn sagen). Die Zahlen in den Pflegeberufen gehen sowohl was Verdienst als auch Ausbildung von Fachkräften in die richtige Richtung. Allerdings sind **Arbeitsumfeld und Belastung** in diesen **wichtigen Berufen** immer noch sehr hoch. Hier könnte viel zur Zufriedenheit und Wertschätzung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen getan werden. Auf der anderen Seite steigen die Kosten für die Pflegekassen und die Angehörigen zukünftig stark an und **die letzten Erhöhungen sind nicht ausreichend gegenfinanziert**. Dies müsste man den Wählern vielleicht deutlicher sagen.

9

EINFÜHRUNG KINDERGRUNDSICHERUNG ZUR BEKÄMPFUNG VON KINDERARMUT UND STÄRKUNG DER CHANCENGLEICHHEIT.



Ohne Einschränkung richtig! Wir geben in Deutschland immer noch viel zu wenig für Bildung aus und müssen viel mehr für die Chancen unserer Kinder tun. Hierzu gehört auch eine starke Unterstützung für die Familien (siehe hierzu aber auch die Analyse zur Steuern)

Der **Bundeszuschuß** zur Rente beträgt aktuell 30%. Von 2010 ist dieser Betrag inkl. des Zuschuss durch die Anerkennung von Kindererziehungszeiten von unter **71 Mrd.** (2010) auf **87,7 Mrd.** (2019) gestiegen. Die Stabilität des Rentensystems wird angesichts des demographischen Wandels nicht ohne Grund hinterfragt, zuletzt im Sommer 2021 durch das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, welcher vor "schockartig steigende Finanzierungsproblemen in der gesetzlichen Rentenversicherung ab 2025" warnt. Die Szenarien des Beirats hat Scholz als spekulativ und nicht richtig bezeichnet.

- ➔ Wer die Auswirkungen des nicht abwendbaren demographischen Wandels nicht berücksichtigt, meint, den Nachholfaktor zur Dämpfung des Rentenanstieg bei abnehmenden Beitragszahlern erst mal bis 2026 aussetzen zu können, der eine Grundrente gegen Altersarmut ohne Bedürftigkeitsprüfung durchdrückt, wo allein die neu eingestellten Beamten 15% der Kosten auffressen, kann froh sein, wenn das ganze besser **einem Nachfolger** oder der folgenden Generation **um die Ohren fliegt**.

Die Rente war bei Blüm schon wackelig. Durch das Ausweiten der Leistungen, Abschwächung der demographischen Anpassungsfaktoren und den unterlassenden Aufbau einer kapitalbasierten Zusatzrente, wird die Altersvorsorge zunehmend **ein Fass ohne Boden**. Stabil in die Zukunft geht anders

Zusammengestellt und kommentiert

Carsten Bieker

E-Mail c.bieker@gmx.de

https://twitter.com/c_bieker

<https://www.facebook.com/carsten.bieker.96/>

Medienbeauftragter der
CDU Recklinghausen Ortsverband Ost und der
Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU
für den Kreis Recklinghausen

Castroper Str. 12
45665 Recklinghausen

